



VAdM-Kurier

49. Ausgabe: September 2023

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
49. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im September 2023

Inhalt:

| | | |
|---|-------|----|
| editorial | Seite | 1 |
| Stiftung Härtefallfonds: Am 30. September 2023 endet die Antragsfrist für Spätaussiedler | Seite | 2 |
| Vor 82 Jahren: Heimatvertriebene Deutsche: „Uns hat man vergessen“ | Seite | 2 |
| Bundesvertriebenenengesetz: Spätaussiedler sollen einfacher als Deutsche anerkannt werden | Seite | 5 |
| <i>Gesellschaft und Politik</i> | Seite | 6 |
| Die gespaltene Gesellschaft | Seite | 6 |
| <i>Rückblick</i> | Seite | 8 |
| Das war die Danziger Kulturtagung 2023 in Pforzheim | Seite | 8 |
| <i>Erinnern</i> | Seite | 8 |
| Die Ansiedlung der Dondeutschen im 19. Jahrhundert (Teil 2) | Seite | 9 |
| Literaturempfehlungen/Impressum/ | Seite | 10 |

editorial

Die meisten Bundesbürger sind aus dem Urlaub zurück, wieder in deutschen Gefilden. Das sogenannte Sommerloch, das so bedeutende Ereignisse wie das Abschmieren der deutschen Nationalmannschaft (Männlein wie Frauen) oder das als überlebenswichtig betrachtete Selbstbestimmungsgesetz aufwies, sind die Rückkehrer mit den gleichen, von der Politik nicht angegangenen Problemen wieder konfrontiert.

Eine entglittene Migrationskrise, die Deindustrialisierung durch Abwanderung deutscher Fachkräfte und Unternehmen ins Ausland, eine hohe Inflationsrate, wieder steigende Energiepreise, mangelnde Versorgung mit Arzneimittel holen die Bevölkerung erneut ein. Wie hieß es noch vor ein paar Jahren? „Lieber nicht regieren, als schlecht regieren.“

Insbesondere gegen die Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen weigert sich die Ampelregierung, effektive Grenzkontrollen einzuführen. Die angekündigten *verschärften* Kontrollen, davon konnte sich jeder Reisende überzeugen, sind eine Farce. Dabei hieß es noch 2015 vollmundig: „2015 darf sich nicht wiederholen.“

Die deutsche Bundesinnenministerin und neulich auch die EU-Kommissionspräsidentin verstecken sich rhetorisch hinter der UN-Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention, die von ihren Ansätzen her *nicht* für Wirtschaftsflüchtlinge angedacht waren.

Vadim Derksen

Herbert Karl



SO., 01. OKTOBER
15 UHR

EINLASS AB 14 UHR

CHRISTINE ANDERSON - ROBERT LAMBROU
MARIANA HARDER-KÜHNEL - ALEXANDER GAULAND

PHILIPP-SOLDAN-FORUM
IN FRANKENBERG



HÄRTEFALLFONDS:

Antragsfrist endet am
30. September 2023

(siehe unseren
Beitrag S. 2)

Stiftung Härtefallfonds: Am 30. September 2023 endet die Antragsfrist für Spätaussiedler

Mehrfach haben wir auf den Härtefallfonds hingewiesen, daß der Fonds finanziell viel zu gering ausgelegt ist und bezüglich des willkürlich bestimmten Spätaussiedler-Status (ab dem 1. Januar 1993) eine eklatante Ungerechtigkeit darstellt.

In ihrer Ausgabe vom 15. September berichtet die *Banater Post* auf ihrer Titelseite, daß die von der Berliner Regierung ernannte Aussiedlerbeauftragte, Natalie Pawlik, der Zeitung mitteilte, daß bis dato rund 138.000 Anträge in ihrer Behörde eingegangen sind: Davon entfallen 13.000 auf Betroffene aus der Ost-West-Rentenüberleitung, ca. Anträge betreffen die jüdischen Kontingentflüchtlinge und 77.000 Anträge betreffen die oben definierten *Spätaussiedler*.

Frau Pawlik verweist auf die Ende September ablaufende Antragsfrist und verweist darauf: „Unser Ziel ist es, das alle potentiell Berechtigten rechtzeitig ihren Antrag auf Leistungen der Stiftung Härtefallfonds stellen.“ Zuletzt wären pro Woche etwa ein-tausend Anträge eingegangen; die zeige allerdings, daß man offensichtlich nicht alle Berechtigten erreicht habe.

Die Frage sei erlaubt: Warum gibt es deshalb zumindest bis Ende 2023 keine entsprechende Fristverlängerung?

Die Stiftung Härtefallfonds ist unter der kostenlosen Telefonnummer:

0800 72 41 63 4

montags bis donnerstags zwischen 8:00 und 16:00 Uhr sowie freitags zwischen 8:00 und 14:00 Uhr erreichbar.

Die Postanschrift lautet:

**Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds
447781 Bochum**

Auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist zudem unter: <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Haertefallfonds/haertefallfonds.html> eine Info-Seite eingerichtet.

Herbert Karl

Vor 82 Jahren

Heimatvertriebene Deutsche: „Uns hat man vergessen“

Junge Freiheit/Geschichte/29. August 2023

Vincent Steinkohl

In Berlin-Marzahn findet einmal im Jahr eine Kranzniederlegung für die deportierten Deutschen in der Sowjetunion statt. Geistliche, Zeitzeugen und Politiker treffen sich zur gemeinsamen Erinnerung an die Opfer. Die JF war vor Ort.

Der 28. August 1941 ist ein dunkler Tag in der deutschen Geschichte. Gut zwei Monate nachdem das Deutsche Reich die Sowjetunion angegriffen hatte, veröffentlicht die oberste Sowjet-Führung ein folgenschweres Dekret für die mehr als 1,5 Millionen [Deutsche auf sowjetischem Boden. Das Papier mit dem Titel „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“](#) bedeutete für etwa 900.000 Männer, Frauen, Kinder und Alte Vertreibung und Enteignung, 150.000 Menschen starben. Obwohl es auch davor immer wieder zu Anfeindungen und Verbrechen gegen Deutsche kam, markiert dieser Tag eine massive Eskalation der Lage.

Fortsetzung auf S. 3

Ortswechsel, 82 Jahre später. Am Parkfriedhof im Berliner Stadtteil Marzahn kommen etwa 150 Menschen zusammen, um der Opfer zu gedenken. Bei strahlendem Sonnenschein zwischen riesigen Bäumen trifft sich Jung und Alt am Gedenkstein für die Vertriebenen. Blumen und Kränze sind dort drapiert, auf dem Stein steht: „Den Deutschen, die in der Sowjetunion unter Stalins Regime gelitten haben. Eure Geduld war grenzenlos, Euer Leiden unermesslich. Das Gedenken an Euch werden wir für immer bewahren.“ Organisiert wurde die Veranstaltung von einem Bündnis des Landesverbands [Berlin-Brandenburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, dem Netzwerk](#) „Wir gemeinsam“, dem Verein „Lyra Marzahn“ und „Vision“. Walter Gauks, Initiator von „Wir gemeinsam“ führte durch die Veranstaltung und bat nacheinander die Redner auf die Bühne.

Förderung kultureller Identität als wichtige Aufgabe

Neben einer Andacht durch einen Pfarrer und diversen Zeitzeugenberichten traten auch Politiker auf. Unter ihnen auch der amtierende Regierende Bürgermeister Berlins, Kai Wegner (CDU). Es sei ihm wichtig, sich „immer wieder unsere Geschichte in Erinnerung zu rufen“. Er könne es sich kaum ausmalen, zu fliehen und unfreiwillig woanders neu anzufangen. Doch „dieser neue Anfang ist ganz vielen Menschen hier in Berlin gelungen“, betonte er. Das Leid der Vertriebenen sei eine Mahnung, aber auch „eine Verpflichtung für uns alle“.

Zugleich sprach er mit Blick auf die Integration von Rußlanddeutschen und deren Nachfahren von einer „Erfolgsgeschichte“. Die Förderung der kulturellen Identität dieser Menschen sei eine „wichtige Aufgabe“, jedoch gebe es noch „Luft nach oben“. Gleichzeitig lobte er die eigene Regierungsarbeit. Im Koalitionsvertrag seiner schwarz-roten Landesregierung wird versprochen, „eine Ansprechpartnerin beziehungsweise einen Ansprechpartner des Senats für Deutsche aus Rußland, Spätaussiedler und Vertriebene“ einzusetzen. Mit Blick auf das Unrecht der Vertreibung, aber auch auf den aktuellen Krieg in der Ukraine, sagte Wegner: „Krieg in Europa, Kriege egal an welcher Stelle auf der Welt, müssen beendet werden.“

Czaja will Rentensituation verbessern

Berlins Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) betonte, wie wichtig es sei, Erinnerungen zu pflegen. Deshalb will sie Erinnerungstafeln im Berliner Abgeordnetenhaus anbringen lassen, um kommende Generationen über das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion zu informieren.

Auch der ehemalige CDU-Generalsekretär Mario Czaja, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Marzahn, trat ans Mikrofon und sprach zu den Teilnehmern. „Der Geist, die deutsche Tradition zu erhalten“, sei weit verbreitet unter den Vertriebenen und ihren Nachfahren. Der Kampfgeist und die Herzlichkeit dieser Menschen seien eine große Bereicherung für Deutschland. Es brauche einen Ort in Berlin, der die kulturelle Identität dieser Gruppe pflege und bewahre. „Gerade Deutsche aus Rußland“ hätten besonders große Solidarität mit den ukrainischen Neuankömmlingen gezeigt. Es habe aber auch Anfeindungen gegen Rußlanddeutsche gegeben.

Gegenüber der JUNGEN FREIHEIT sagte Czaja, wo er die derzeit größten Probleme für Rußlanddeutsche sieht. „Die restriktive Aufnahmepraxis“ müsse zurückgefahren werden. Auch sei es überfällig, die Renten der Spätaussiedler auf bundesdeutsches Niveau anzupassen, die ihr Berufsleben in der Sowjetunion verbracht hatten. Viele Senioren litten „trotz erheblicher Lebensleistung“ unter der aktuellen Situation. Das müsse sich ändern.

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Auch International fordern Rußlanddeutsche eine Verbesserung ihrer Situation

Der Berliner AfD-Abgeordnete Martin Trefzer sagte der JF, es gehe darum, „das Schicksal der Rußlanddeutschen besser im öffentlichen Bewußtsein zu verankern“. Die Rentenkürzungen nach 1996 müßten rückgängig gemacht werden. Zudem betonte er: „Die AfD hat sich bereits seit 2018 im Bundestag dafür eingesetzt, die Renten-Diskriminierung der Rußlanddeutschen endlich zu beenden.“



Kundgebung in Brüssel: Rußlanddeutsche mahnen schnelle Einreise an Foto: Facebook/JF

Unterdessen haben am gestrigen Gedenktag auch in Brüssel Deutsche aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion demonstriert, um an die Deportationen vor 82 Jahren zu erinnern und auf ihre aktuelle Lage aufmerksam zu machen. Daß noch immer Angehörige der deutschen Minderheiten unter den Folgen der stalinistischen Verbannung leiden müssen, sei eine Schande für Europa, so die Protestierer. Sie forderten insbesondere unter dem Eindruck des russischen Kriegs gegen die Ukraine ein Recht auf Asyl für Deutsche aus diesen beiden Ländern. Denn auf der einen Seite drohe auch Deutschen in Rußland der Kriegsdienst, auf der anderen Seite seien Deutsche in der Ukraine von den Angriffen bedroht.

Aussiedler werden strenger geprüft als Asylbewerber

Schon seit längerem beklagen Spätaussiedler, an sie würden seitens der Behörden in der Bundesrepublik weitaus strengere Maßstäbe angelegt als beispielsweise an Asylbewerber oder Flüchtlinge aus anderen Teilen der Welt. Stein des Anstoßes ist besonders die grundsätzliche Ablehnung, wenn bei Betroffenen im Herkunftsgebiet eine nichtdeutsche Nationalität eingetragen wurde, die bisher als sogenanntes „Gegenbekenntnis“ zur deutschen Volkszugehörigkeit gewertet wurde. Auf Druck von Verbänden und Opposition hatte das zuständige Bundesinnenministerium mittlerweile angekündigt, man werde diese restriktive Praxis ändern und eine entsprechende Anpassung des Bundesvertriebenengesetzes vorbereiten.

Daß es bei der Vertreibung der Deutschen nicht nur um alte Papiere sondern tatsächliche Schicksale geht, zeigt die 1949 geborene Lilli Bischoff, Beisitzerin im Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland. In Berlin erzählt sie am Gedenktag von ihrer Kindheit. Ihr Großvater habe ihr stets gesagt: „Unsere Heimat ist Deutschland, früher oder später kommen wir zurück.“ Gegenüber der JF kritisiert sie die politisch Verantwortlichen und benennt dieselben Probleme wie Czaja und Trefzer. Ältere Aussiedler litten oft unter Armut, da ihre Renten nicht an das Niveau von Bundesbürgern in vergleichbaren Berufsfeldern angeglichen wurden. „Uns hat man vergessen“, konstatiert sie. Gerade mit Blick auf die aktuelle Lage seien die Themen Einreise und Einbürgerung enorm wichtig. „Ich mache mir große Sorgen um die Deutschen, die noch in Rußland sind.“

Quelle: Dieser Beitrag ist für Abonnenten der JF im Internet abrufbar unter:

<https://jungfreiheit.de/wissen/geschichte/2023/heimatvertriebene-deutsche/>

BUNDESVERTRIEBENENGESETZ:

Spätaussiedler sollen einfacher als Deutsche anerkannt werden

von Helene Bubrowski und Friederike Haupt, Berlin

aktualisiert am 13.09.2023

Eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2021 hatte den Nachweis deutlich erschwert. Eine Änderung des Vertriebenengesetzes ist schon lange geplant. Nun soll es offenbar wirklich so weit sein.

Eigentlich ist die Koalition sich einig: Spätaussiedler sollen wieder einfacher als Deutsche anerkannt werden. Die Streitfrage ist nur, wie schnell diese Änderung im Bundesvertriebenengesetz kommt. Natalie Pawlik, Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, verliert langsam die Geduld.

Der Gesetzentwurf ist fertig, doch die [FDP](#) wollte ihn nicht auf die Tagesordnung des Bundestags setzen, solange es keine Stellungnahme des Bundestags zur Chat-Kontrolle gibt. Pawlik, die auch SPD-Abgeordnete ist, sagt: „Gerade in der Zeit des furchtbaren Krieges in der Ukraine sowie den Repressionen in der Russischen Föderation fürchten die Menschen um ihre Sicherheit und sind auf die besondere Unterstützung seitens der Bundesrepublik angewiesen.“

Nun sieht es so aus, als ob die Ampel nicht nur eigentlich, sondern tatsächlich einig ist. Als Kompensation für die Kriegsfolgen, die deutsche Volkszugehörige in der Sowjetunion erleiden mussten, bekommen Spätaussiedler automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Um als Spätaussiedler anerkannt zu werden, ist unter anderem ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum erforderlich.

Das [Bundesverwaltungsgericht](#) hat den Nachweis mit einer Entscheidung aus dem Jahr 2021 deutlich erschwert. Wenn in amtlichen Dokumenten eine andere Volkszugehörigkeit angegeben ist (was die Betroffenen längst nicht immer beeinflussen können), liegt ein sogenanntes Gegenbekenntnis vor. Früher ließ sich das durch eine Änderung der Dokumente ausräumen, seit dem Urteil müssen Antragsteller größte Anstrengungen unternehmen, um nachzuweisen, dass sie sich dem deutschen Volk zugehörig fühlen. Derzeit staut es sich beim Bundesverwaltungsamt, das erst nach der Gesetzesänderung über die Anträge entscheidet, die derzeit wegen des fehlenden Bekenntnisses eigentlich abgelehnt werden müssten.

Das Spiel auf Zeit wird gefährlich

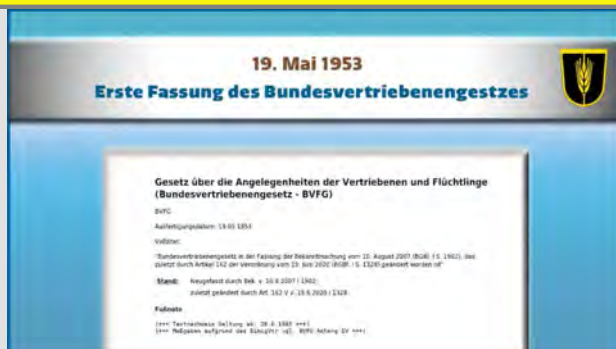
Nun heißt es aus der Koalition, ziemlich wahrscheinlich werde die Reform nächste Woche zur parlamentarischen Beratung in den Bundestag eingebracht. Die Tagesordnung steht noch nicht, aber alle drei Fraktionen bekunden ihren Willen, nun Tempo zu machen. „Ich bin positiv gestimmt, dass wir beim Bundesvertriebenengesetz zeitnah zu einer Einigung kommen werden“, sagt Sandra Bubendorfer-Licht, Berichterstatterin der FDP-Fraktion. [Konstantin von Notz](#), stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen, sagt: „Es ist sehr gut, dass sich nun eine Einigung zwischen den Fraktionen abzeichnet. Hierfür hatten wir uns eingesetzt.“

Die FDP hatte noch im Sommer gebremst – allerdings nicht, weil sie Einwände gegen die Änderung des Vertriebenengesetzes gehabt hätte. Sie ärgerte sich darüber, dass die [SPD](#) aus ihrer Sicht beim Thema digitale Bürgerrechte bremste. Darum blockierte sie die Stellungnahme des Bundestags zur Chatkontrolle. Die FDP suchte einen Hebel, um den Sozialdemokraten zu zeigen: Wenn ihr bei unseren Leib- und Magenthemen nicht mitmacht, machen wir es auch bei euren nicht.

Doch jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, von dem an das Spiel auf Zeit gefährlich wird: Betroffen sind nämlich Menschen, die in der Ukraine unter dem Krieg und in Russland unter Repressionen leiden. Diese Dringlichkeit sehen auch die Koalitionäre. Es sei wichtig, den Menschen eine schnelle Aufnahme in Deutschland zu ermöglichen, sagt FDP-Politikerin Bubendorfer-Licht. Darum, so ist aus Regierungskreisen zu hören, habe man das Thema vom leidigen Thema Chatkontrolle entkoppelt.

Quelle: F.A.Z./Der Beitrag ist abrufbar unter:

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/vertriebenengesetz-einigung-ueber-spaetaussiedler-zeichnet-sich-ab-19171362.html?fbclid=IwAR0npW1ZJSRwTKX6Hb4mO_BvapSU77TxJ2pkUlWNMmltAuJvcUEKAIO043U



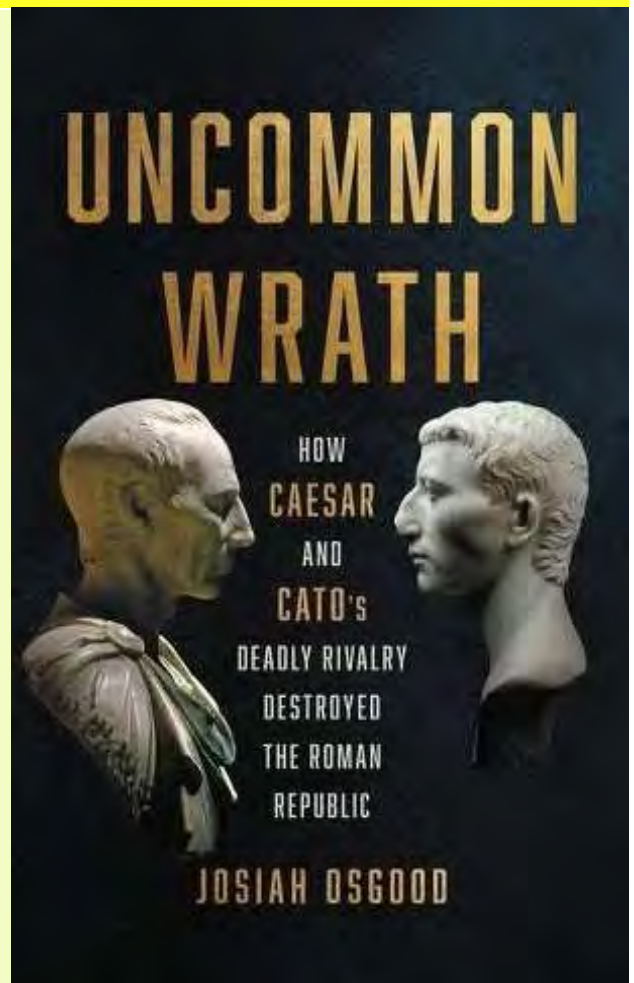
Bildnachweis: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland: <https://lmdr.de/vor-70-jahren-wurde-das-bundesvertriebenengesetz-verabschiedet/>

Die gesplaltene Gesellschaft

Unter der Überschrift „Wie man eine Republik zerstört“ (CATO, Aug./Sept. 2023, S. 56f.) rezensiert Till Kinzel das Buch des amerikanischen Historikers der Antike, Josiah Osgood, mit dem Titel *Uncommon Wrath. How Caesar and Cato's Deadly Rivalry Destroyed the Roman Republic*, Oxford 2022, zu Deutsch: *Ungewöhnlicher Zorn. Wie die tödliche Rivalität zwischen Cäsar und Cato die römische Republik zerstörte* (Übers.: HK).

Kinzel stellt sich der Frage, wie kann man aus der Geschichte, dem „Laboratorium der Politikwissenschaft,“ lernen, vielleicht „sogar fürs Leben, wie die alten Römer glaubten oder hofften?“ Hier könnte „das umstrittene Verfahren der Analogiebildung: Was geschah, kann, solange die menschliche Natur sich gleichbleibt,“ ähnlich wiedergeschehen; darauf verwies bereits der bedeutende griechische Geschichtsschreiber Thukydides (Kinzel).

Zwei „Politiker“ der römischen Republik stehen sich unversöhnlich gegenüber: Marcus Porcius Cato (95 – 46 v. Chr.) und Gaius Julius Cäsar (100 – 44 v. Chr.). Beide spielten im politischen Geflecht der römischen Republik eine bedeutende Rolle. Über ihre jeweilige Gefolgschaft in der Hauptstadt wissen wir wenig, es ist anzunehmen, daß beide über eine zahlenmäßig gleiche Machtbasis verfügten.



Der Machtkampf der beiden war durch „Dämonisierung und Bedrohung,“ Gewalt und gegenseitigen Blockaden geprägt. Dieses politische Umfeld eskalierte während beider Wirken zum Bürgerkrieg und dem Untergang der Republik:

„Denn nach Jahren heftiger Auseinandersetzungen war niemand mehr bereit zurückzustecken, jede Aggression der einen Seite führte zu mehr Unversöhnlichkeit und der Anwendung von Gegengewalt“ (Kinzel).

Osgood schildert den politischen Werdegang der beiden Rivalen, der in die Zeit der von Sallust anschaulich geschilderten Katilinarischen Verschwörung; Lucius Sergius Catalina war in der Zeit der Proskriptionen (lat.: Achterklärung, Bekanntmachung) des Sullas für den Tod mehrerer Menschen verantwortlich; zu dieser Zeit war, so Osgood, praktisch jeder, sich der am öffentlichen Leben beteiligte, darauf aus, den Staat auszuplündern.

Ist die „schillernde Gestalt“ Cäsar für die meisten auch heute noch ein Begriff, so liegt es bei Cato etwas anders:

„Denn der im Ruf der Sittenstrenge stehende Staatsmann – nach ihm ist dieses Magazin benannt –, der sich einer Ethik der Sparsamkeit und Unbestechlichkeit verpflichtet sah, war zwar lange eine Inspirationsquelle für Politiker und Staatsphilosophen in der Frühen Neuzeit. Gegenwärtig aber geben Politiker sich eher locker und stellen sich selbst Freibriefe für die Verschleuderung des Staatsvermögens aus. Eine Staatsgesinnung, wie Cato sie verkörperte, liegt ihnen denkbar fern“ (Kinzel).

Allerdings hätte die Konkurrenz der beiden Protagonisten allein noch nicht die römische Republik zu Fall bringen können. Der Staat war bereits geschwächt: Die Rivalität verschiedener Bevölkerungsgruppen und, wie gesehen, die gegenseitigen Verfolgungen trugen dazu bei. Die Zwietracht des römischen Staatswesens hatte ihre tieferen Ursachen in dem noch heute in Italien sichtbaren Konkurrenzkampf der Familien und Clans, mit dem damit offensichtlich Klientelwesen und der Korruption, die auch vor dem Militär nicht Halt machte. All dies klagte Cato an: Bei ihm hatte das Ausmisten des eigenen Stalls Priorität vor weiteren militärischen Erfolgen gegen die äußeren Barbaren. Cäsar sah dies gerade umgekehrt.

Fortsetzung auf S. 7

Fortsetzung von S. 6

Rom war keine Demokratie, sondern eine Adelsrepublik, entsprechend mußte man sehr geschickt sich auf dem Parkett der Aristokratie bewegen, und dennoch, mußte das Volk, die Plebs, in der politischen Betrachtung berücksichtigt werden: „Das öffnete das Feld der Politik für Populismus im eigentlichen Sinne“ (Kinzel). Neue Wege mußten beschritten werden, diese Massen bei Laune zu halten: Die Römer wurden mit *panem et circenses* (Brot und Spielen) berechnend abgefunden.

Die Klientelpolitik konnte nur unter einer grassierender Korruption betrieben werden: Ein funktionierendes Finanzsystem war *nicht* vorhanden, die Eintreibung der Steuern wurde, wie in der Endphase des vorrevolutionären Ancien Regime Steuereintreiben überlassen werden, die sich hierbei, wie die Gouverneure der Provinzen immens bereicherten. All dies beklagte Cato, denn er sah dadurch die Republik bedroht.

Als Stoiker wendete sich Cato auch gegen die Führung ungerechter Kriege, wie den von Cäsar auch aus persönlichem Kalkül geführten Krieg gegen die Gallier. Im Laufe des Bürgerkriegs zog er sich ins nordafrikanische Utica zurück und beging hier Selbstmord, um sich nicht Cäsar unterwerfen zu müssen. Über dessen Königsambitionen kann man nur spekulieren, denn er erlag den Dolchen seiner Senatskollegen. Der Aufruf zur Freiheit der Attentäter verpuffte: Panik machte sich breit, der Bürgerkrieg ging mit wachsender Intensität weiter.

Cato hat den Kampf um Freiheit allen Widrigkeiten zum Trotz *nicht* aufgegeben: Der Rezensent resümiert:

„Die Tragik all dessen aber liegt darin, daß selbst Cato sich nicht dem Bürgerkrieg entziehen kann, dessen Wahnsinn am Ende alles verschlingt.“

Wenn wir die gespaltenen Gesellschaften von Polen über Frankreich bis in die USA betrachten, sind wir an Catos und Cäsars Wirkungszeit erinnert. Zu den gesellschaftlichen Verwerfungen der Gegenwart haben nicht zuletzt die sozialphilosophischen Ansätze der *Frankfurter Schule* beigetragen. – Allerdings fehlt heute ein Stoiker wie Cato.

Dem Buch von Josiah Osgood zu den beiden tragischen römischen Politikern ist eine gute Übersetzung ins Deutsche zu wünschen.

Herbert Karl

G8-Treffen in Heiligendamm 2007: Gruppenfoto der Staats- und Regierungschefs



V.l.n.r.: Shinzo Abe, Premierminister Japans; Stephen Harper, Premierminister Kanadas; Nicolas Sarkozy, Präsident Frankreichs; Wladimir Putin, Präsident Russlands; Bundeskanzlerin Angela Merkel; George W. Bush, Präsident der USA; Tony Blair, Premierminister Großbritanniens; Romano Prodi, Ministerpräsident Italiens; José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission
Bild: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/foto-G8-Gipfel-heiligendamm.html>

Rückblick

Rückblick: Das war die Danziger Kulturtagung 2023 in Pforzheim

Am vergangenen Wochenende – 18./19. März 2023 – fand die diesjährige Kulturtagung des Bundes der Danziger e.V. statt. Für die Veranstaltung öffnete uns das Museum Haus der Landsmannschaften in Pforzheim die Türen. Wir blicken zurück auf zwei inhaltsreiche Tage im Kreis unserer Danziger Gemeinschaft und zahlreicher Freunde der alten Hansestadt.

Mit einem vielfältigen Programm aus Vorträgen, einer Lesung sowie einer Muse-

umsführung widmeten wir uns dem Tagungsthema „Heimatlos in der neuen Heimat? Die langen Schatten von Flucht und Vertreibung“. Der Bundesvorsitzende Marcel Pauls machte einleitend darauf aufmerksam, dass die lange Corona-Pause auch Einfluss auf die Danziger Gemeinschaft hatte. Boten zuvor regelmäßige Veranstaltungen die Möglichkeit des direkten Austauschs, so verloren sich während der Pandemiezeit alte Freunde und gute Bekannte aus den Augen. Dies nicht selten von der Ungewissheit begleitet, ob es dem anderen auch gut gehe. Die Kulturtagung sei insoweit der Versuch, wieder in größerer Gemeinschaft näher zusammenzukommen.

Für das Grußwort zur diesjährigen Tagung konnte der Bund der Danziger die Leiterin des Pforzheimer Kulturamtes, Angelika Drescher, gewinnen. Nach ihrer Darstellung der Arbeit der hiesigen Kulturbehörde ließ sie nicht unerwähnt, dass Flucht und Vertreibung in Zeiten eines gegenwärtigen innereuropäischen Krieges wieder aktuelle Themen seien – nicht zuletzt auch in einer Stadt wie Pforzheim, in der die Einwohnerschaft aus 141 Staaten stamme.

Den wissenschaftlichen Part der Kulturtagung übernahm in diesem Jahr unter anderem der Historiker Dr. Christopher Spatz aus Bremen. In seinem Vortrag ging er auf die langen Schatten von Flucht und Vertreibung am Beispiel des Grenzdurchgangslagers Friedland ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden darin vertriebene Deutsche aus sämtlichen Ostgebieten – nicht zuletzt aus Danzig und der Umgegend – sowie ehemalige Kriegsgefangene zeitweilig untergebracht. Im Laufe der Jahre waren die Lagerbaracken der niedersächsischen Kleinstadt für etwa vier Millionen Menschen die erste Anlaufstelle nach dem Verlust ihrer Heimat. Anhand zahlreicher Lichtbildaufnahmen konnten die Teilnehmer einen Eindruck von den Umständen im Lager und von der Verzweiflung –aber auch Erleichterung – der Menschen dort gewinnen.

Dr. Spatz, der sich bereits seit vielen Jahren mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Schicksale der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge befasst, gab uns im Anschluss eine kommentierte Lesung aus seinem bereits in vierter Auflage erschienenen Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“. Die Schilderungen von einer der größten humanitären Katastrophen, welche sich zwischen 1945 und 1948 im nördlichen Ostpreußen, in Königsberg und der weiteren Umgebung ereignete, ließen bei einigen Tagungsteilnehmern die schrecklichen Erinnerungen an die eigenen Fluchterlebnisse oder aber die Erzählungen des Vaters, der Mutter oder der Großeltern lebendig werden. Der Überlebenskampf vieler elternloser deutscher Kinder in sowjetischen Heimen und in den Wäldern und Dörfern Litauens ließ keinen Zuhörer unberührt. „Jede Fluchtgeschichte ist es wert, erzählt zu werden“, mit diesen Worten schloss Dr. Spatz seine Ausführungen zu den Lebensstationen der von ihm interviewten ostpreußischen „Hungerkinder“.

Fortsetzung auf S. 9



Fortsetzung von S. 8

Es war unzweifelhaft, dass der erste Veranstaltungstag – trotz entsprechender Diskussion im Anschluss – nicht mit einem derart schwerwiegenden Thema enden durfte. Daher gab es – ehe es zum geselligen Abschluss des Tages in eine anliegende Gastwirtschaft ging – einen kurzweiligen und unterhaltsamen Impulsvortrag zum Danziger Kantapfel – wiederum von Dr. Spatz. Anhand zahlreicher Bilder illustrierte der Referent seine Leidenschaft für den Anbau alter ostdeutscher Obstsorten.

Am Folgetag eröffnete die Landesbeauftragte des Bundes der Danziger für Baden-Württemberg, Petra Lorinser, mit einem Vortrag über das Wirken des Bundes der Danziger ebendort. Hierbei gab nicht nur für die jüngeren Mitglieder des Bundes der Danziger den ein oder anderen „Aha-Moment“. Denn Pforzheim war nämlich, wie die Referentin darlegte, schon seit jeher ein Ort der Begegnung für die Danziger Gemeinschaft. Besondere Erwähnung fand insoweit Prof. Dr. Ruhнау, der sich als Landesvorsitzender ab 1966 für gut drei Jahrzehnte für die Belange des Bundes der Danziger in Baden-Württemberg einsetzte. Einem Austausch mit Prof. Ruhнау im Jahr 2021 war es im Übrigen auch zu verdanken, dass Pforzheim als Veranstaltungsort für die Tagung überhaupt ins Gespräch kam. Petra Lorinser führte in ihrem Vortrag abschließend zur aktuellen Situation des Bundes der Danziger in Baden-Württemberg aus.

Auf eine Reise in die Vergangenheit nahm uns sodann der Berliner Geograf Reinhard M. W. Hanke mit. Mit einem gleichermaßen informativen wie amüsanten Vortrag zum Danziger Astronomen Johannes Hevelius hob der Referent die Bedeutung desselben für die Astronomie im 17. Jahrhundert und im Allgemeinen hervor. Vor allem die zahlreichen Anekdoten werden den Zuhörern wohl noch lange in Erinnerung bleiben.

Der nächste Programmpunkt sah eine Führung durch das Museum Haus der Landsmannschaften vor. Seit Ende der 1980er-Jahre ist das restaurierte Bauernhaus im Stadtteil Brötzingen Ausstellungsort der Heimatvertriebenen. Die „Hausherrin“ Ursula Schack ließ es sich trotz ihres beachtlichen Alters von 97 Jahren nicht nehmen, die Tagungsteilnehmer selbst durchs Haus zu führen. Sie führte zur Geschichte des Hauses aus und erläuterte in jeder der sieben „Heimatstuben“ die Exponate. Die „Danzig-Stube“ durfte dabei natürlich nicht fehlen. Die ehrenamtliche Einrichtung des Museums innerhalb von nur zwölf Monaten erscheint heute als außerordentliche Lebensleistung aller Beteiligten. Das Museum steht den Besuchern regelmäßig sonntags und auf Anfrage offen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Danziger, Dr. Bennet Brämer, zog eine positive Bilanz der Tagung und bedankte sich im Namen des Bundes der Danziger für die Gastfreundschaft von Frau Schack und ihre Bereitschaft, die Räumlichkeiten „ihres“ Museums für eine Kulturtagung zur Verfügung zu stellen. Weitere Danksagungen richteten sich an die Referenten für ihre Vorträge, Frau Drescher für ihr Grußwort sowie an die gut 40 Gäste für ihre Teilnahme und die zahlreichen Diskussionsbeiträge. Nicht zuletzt gebührte den freiwilligen Helfern aus Pforzheim und Ravensburg der Dank für ihren Einsatz zum Gelingen der Veranstaltung. Für das kommende Jahr stellte Dr. Brämer eine erneute Veranstaltung des Bundes der Danziger in Süddeutschland in Aussicht – dies verbunden mit dem Wunsch nach einem Wiedersehen mit allen Tagungsteilnehmern.

Bericht: Dr. Bennet Brämer

Fotos: Dr. Bennet Brämer/ Petra Lorinser

Diesen Beitrag hat uns Herr Wilhelm Kreuer eingesandt.

Erinnern

Die Ansiedlung der Dondeutschen im 19. Jahrhundert

Teil 2

Oft kommen bei der Ansiedlung deutscher Kolonisten zwei Aspekte zu kurz: Die Gründe der Auswanderung aus deutschen Gefilden und die im Siedlungsgebiet vorgefundene Bevölkerungsstruktur.

Im Falle der Auswanderung der Dondeutschen spielte das religiöse Motiv eine bedeutende Rolle: Zar Alexander I. galt seinerzeit – vor allem in den letzten zwanzig Jahren seiner Herrschaft – gegenüber den abendländischen Kirchen, insbesondere aber der pietistischen Glaubensrichtung sehr aufgeschlossen.

Dies traf zeitgleich auf der anderen Seite auf die Bereitschaft zur Ausreise vieler evangelikaler Christen aus dem deutschen Reich, diese manifestierte sich besonders in der „engen Glaubensgemeinschaft von »Erweckten«, die durch die napoleonischen Wirren, Übervölkerung und steuerliche Bedrückung neuentstandenen Fürstenstaaten verarmt waren“ (Nachtigal, S. 15).

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzung von S. 9

Die Pietisten siedelten dann vorwiegend im Hinterland des Asowschen Meeres. Die hier vorhandenen Hafenstädte waren bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts optimale Absatzorte für das von den Kolonisten erzeugte Getreide, zumeist Weizen und Roggen. Diese alten Häfen erlebten durch diesen zunehmenden Getreidehandel einen Aufschwung, aber auch neue Konkurrenz: Das heute so oft in die Schlagzeilen geratene Mariupol wurde erst 1832 gegründet. – Zeitgleich fiel dies mit dem Aufkommen des bereits erwähnten *Mariupoler Plans* der ersten Siedlergeneration zusammen.

1848 wurde die Stadt Ejsk gegründet; lange stand dieser kleine Hafen im Schatten von Taganrog und später Rostov, erlebte aber durch den Getreide- und Wollhandel des Hinterlandes einen zeitlich begrenzten Aufschwung.

Der Wirtschaftsaufschwung, von dem die meisten Staaten der Erde ab den 1870ern gezeichnet waren, machte auch vor Rußland nicht Halt. Davon profitierte auch die Nordküste des Schwarzen Meeres durch den Export von landwirtschaftlichen Produkten in die ganze Welt.

Einen bedeutenden Aufschwung erlebte auch Novorossijsk: Nach dem Krimkrieg wurden, wie seinerzeit in vielen europäischen Städten die Festungsmauern geschleift; durch die Bahnanbindung 1888 konnte die Stadt dann Ende des 19. Jahrhunderts auch das kleine Ejsk überrunden. Ähnlich überholte im Dongebiet der Handelsplatz Rostov den Seehafen Taganrog.

Hier kann nicht auf die Bedeutung des russischen Getreideexports allgemein und dem aus dem Dongebiet im Speziellen eingegangen werden, dieser erlangte aber bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine immer größere Bedeutung. Erst durch die Blockade der Meerengen zum Schwarzen Meer kam dieser Getreideexport zum Erliegen.

Auch wenn die Bedeutungsverlagerung auf die Großhäfen Odessa, Rostov und Novorossijsk sich fortsetzte, scheint dies

„aber keine Auswirkungen auf die »deutsche« Getreideproduktion vor dem Ersten Weltkrieg gehabt zu haben. Die deutschen Landwirte, seit den Reformen Alexanders II. den russischen Staatsbürgern rechtlich gleichgestellt, hatten durch wenige Jahrzehnte ein solches Wirtschaftswachstum durchlaufen, daß sie von aufstrebenden russischen Konkurrenten kaum mehr eingeholt werden konnten“ (Nachtigal, S. 18).

Durch eine verwaltungstechnische Maßnahme des russischen Staates konnten die deutschen Siedler auch auf das westliche Dongebiet ausgreifen. Dies hing mit der auch zur administrativen Bedeutung gelangten Stadt Taganrog zusammen.

Die Stadt, bedeutender Handelsplatz und Festung im östlichen Teil des Asowschen Meeres wurde Zentrum der 1802 gegründeten *Stadthauptmannschaft* Taganrog. Diese reichte vom Fließchen Berda im Westen an der Gouvernementsgrenze zwischen Taurien und Ekaterinoslav bis an das Fließchen Kagal'nik südlich des Dondeltas im Osten. Rostov und Nachičevan' am Don kamen ebenfalls 1802 an das neu gegründete Gouvernement Ekaterinoslav, wurde aber schon 1807 als „Kreis Rostov“ der Stadthauptmannschaft Taganrog angegliedert,

„zum Nutzen des Handels«, wie offenbar weitsichtig vermerkt wurde, doch auch aus strategischen Gründen: der bedeutendste Hafen des östlichen Teil des Asowschen Meeres hatte seine Geschichte als petrinische Festung auf einem ins Meer hervorspringenden, hochgelegenen Landsporn begonnen“ (Nachtigal, S. 18).

Herr Nachtigal geht mit einer besonderen Liebe zum Detail auf die Abgrenzung Taganrogs zum „Lande des Donischen Heeres« (*Zemlja Vojska Donskogo*)“ ein. Das Dondelta blieb letztendlich beim Donischen Heer,

„während die beiden Handelsstädte [die Schwesternstädte Rostov und Nachičevan] nicht dem Kosakengebiet angehörten und sich daher unter anderen rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen entwickelten [. . .] Das bedeutete, das von den Kosaken wirtschaftlich genutzte Flußdelta bildete eine Enklave der Donkosaken im Südostausläufer des Gouvernements Ekaterinoslav“ (Nachtigal, S. 19).

Auf die Bedeutung Taganrogs für die dondeutsche Entität wird in einer nächsten Folge eingegangen.

Literatur

Reinhard Nachtigal: Die Dondeutschen 1830 bis 1930, Augsburg 2005;

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

KUNDGEBUNG
ZURÜCK ZUR VERNUNFT

NORBERT KLEINWÄCHTER MDB

OLIVER KIRCHNER MDL | DR. GÖTZ FRÖMMING MDB | DR. BERNHARD STURN BEZIRKSKANDIDAT | ALFRED SCHMITT LANDTAGSKANDIDAT

KITZINGEN BLEICHWASEN 23.09.2023 16:00 UHR

Kreisverband Kitzingen

Alternative für Deutschland

VERTRIEBENE!
EURE NOT IST UNSERE SORGE

GEMEINSAM SCHAFFEN WIR'S

EXISTENZ WOHNUNG

WÄHLT DIE EINZIGE PARTEI, DIE FLÜCHTLINGS-WAHLKREISE FORDERT!

CSU

Vertriebene und Wahlen

Wenn Wahlen anstehen, sollte man auch, dem Wahlkampfstreß zum Trotz, auch auf historische Wahlen zurückblicken.

Zum Beispiel wurden die *Vertriebenen* (die Begriffe Aussiedler und Spätaussiedler für die aus dem Osten und Südosten Europas vertriebenen Landsleute gab es noch nicht) auch von der *SPD* umgarnt. Es steht dahin, ob dies auch nur Wahlkampfgetöse war oder wirklich, vier Jahre – das Wahlplakat rechts stammt aus dem Jahre 1949 – nach einem verheerenden Krieg, ehrlich gemeint war.

Der Arbeitseinsatz der Vertriebenen, bei allem pro und contra, wurde akzeptiert, auch wenn es darum ging noch mehr Mäuler zu versorgen und Wohnungen zu teilen.

Die Vertriebenen waren seinerzeit die billigsten Arbeitskräfte für Arbeiten, heute werden diese etwas salopp als Jobs bezeichnet, die die einheimische Bevölkerung teils nicht bereit war anzunehmen.

An diesem Teufelskreis, immer Ausschau nach noch billigeren Arbeitskräfte für prekäre Beschäftigungen zu halten, litt und leidet die Bundesrepublik noch immer.

Es ist offensichtlich einfacher Werbekampagnen in Brasilien und Indien zu starten, als das vorhandene Personal zu halten oder vorhandenes umzuschulen.

Die Abwanderung deutschen Fachpersonals in besser dotierte Arbeitsplätze im Ausland kommt zu dieser Misere noch hinzu.

HK

HENRYK M. BRODER
REINHARD MOHR

Durchs irre Germanistan

NOTIZEN AUS DER AMPEL-REPUBLIK

EUROPAVERLAG

War Deutschland nicht eben noch das beliebteste Land der Welt, beneideter Exportweltmeister und begehrter Investitionsstandort mit einer funktionierenden Verwaltung und bestens ausgebildeten Fachkräften? Der Dreiklang aus Demokratie, Marktwirtschaft und Arbeitsdisziplin hat „Made in Germany“ zum Weltkulturerbe gemacht. Trotz aller Krisen galten die 16 Merkel-Jahre als goldene Epoche von Wachstum und pragmatischer Staatsführung, doch zwei Jahre später zeigt sich das wahre Erbe der Ex-Kanzlerin: verteidigungsunfähige Bundeswehr, verfehlte Energiepolitik, Stagnation bei Integration, Digitalisierung, Bildung oder Wohnungsbau. Im Land fehlt es buchstäblich an allem, besonders die tragende Mitte der Gesellschaft ist betroffen.

Die Autoren resümieren mit viel Humor und Liebe zum Detail, was in diesem merkwürdigen Land vorgeht und viele ratlos oder wütend zurücklässt: einen größenwahnsinnigen Moralismus, realitätsferne Illusionen, Angst vor der Freiheit, dazu eine Vollkasko-Mentalität und eine Wohlstandsverwehrung mit einer kräftigen Portion Geschichtsvergessenheit, die sich als „Lehre aus der Geschichte“ tarnt.

HOH(L)SPIEGEL:

„Ich vermisse Ihre Reiseziele aus dem Osten und Südosten!“

schrrieb uns HM aus Berlin
Red./hk

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet—aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.
Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw

IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

www.vadm-afd.de

E-Mail:

kontakt@vadm-afd.de